

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.11.2022

Inhalt

EWN

- 1 | **Flüssiggas-Tankstelle Lubmin öffnet später**
Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 30.11.2022 3
- 2 | **Alter Atommüll muss erstmal weg**
Hofgeismarer Allgemeine, 30.11.2022 5

Flüssiggas-Tankstelle Lubmin öffnet später

Das ehrgeizige Projekt am Greifswalder Bodden muss vor dem Start in die Verlängerung gehen. Ein verbindliches Datum für die erste Lieferung kann oder mag jetzt niemand nennen.

Lubmin. Auch wenn der Starttermin am morgigen Donnerstag nicht mehr zu halten ist, hofft Stephan Knabe noch im Dezember auf die Inbetriebnahme des Flüssiggasterminals in Lubmin am Greifswalder Bodden. Damit beugt sich der Aufsichtsratschef der Betreiberfirma Deutschen ReGas der Realität: Noch existiert kein belastbares Datum, wann dort erstmals per Schiff geliefertes Flüssiggas umgewandelt und ins europäische Verteilnetz gespeist werden kann. Mit 5,2 Milliarden Kubikmetern pro Jahr könnte die Anlage knapp ein Zehntel der Kapazität von Nord Stream 1 ersetzen.

Es sind am Ende nicht allein zwei fehlende Genehmigungen, die den Start verzögern. Auch von technischer Seite sind noch Restarbeiten zu erledigen, wie er klarstellt. Das sei „kurzfristig“ möglich, seit das Herzstück des Systems in der Region sei. Gemeint ist damit das Spezialschiff „Neptune“, das derzeit im Hafen von Mukran vertäut ist und auf den Einsatz in Lubmin vorbereitet wird.

Noch als die Bundesregierung im Sommer auf der Suche nach LNG-Standorten an der Küste die Ostsee und erst recht Lubmin gar nicht im Blick hatte, war die bis dato weithin unbekannt Deutsche ReGas mit ihren Planungen für das vollständig privat finanzierte Projekt schon fast durch. Spätestens nachdem bekannt wurde, dass der Energiekonzern Total energies mit ins Boot geholt werden konnte, verstummten viele Zweifler.

„Um so ein ehrgeiziges Projekt wie unser LNG-Terminal in Rekordzeit realisiert zu bekommen, war es notwendig, von Beginn an ein klares, aber nicht unrealistisches Ziel zu setzen“, blickt der Aufsichtsratschef jetzt zurück. Das habe alle Beteiligten mobilisiert, womit er die Genehmigungsbehörden einschließt. Mit einer „Unmenge“ an Gründen für Verzögerungen müsse bei einem solchen Vorhaben immer gerechnet werden. „Die meisten konnten wir rechtzeitig neutralisieren“, so Knabe.

Es sei nicht auszuschließen, dass es durch das Win-

terwetter zu weiteren Verzögerungen kommen könne. Die Überfahrt der „Neptune“ vom dänischen Skagen nach Mukran hatte sich bereits verschoben, wie Knabe berichtet. Jetzt stehe noch die Überführung in den flachen Hafen Lubmin an. Bei dieser Operation kommt es laut früheren Berichten darauf an, den Tiefgang des Schiffs auf ein mögliches Minimum zu senken. Und auch der schwankende Wasserstand in Ostsee und Bodden dürfte den Termin der Fahrt beeinflussen.

Während die technische Fertigstellung in einem überschaubaren Zeitraum möglich scheint, schwebt noch das Damoklesschwert ausstehender Genehmigungen über dem Projekt. Während das Ja der EU-Kommission eher als Formsache gilt, müssen die beteiligten Behörden in Mecklenburg-Vorpommern jetzt 28 Einzeleinwendungen und 1071 Bedenken in einer Sammeleinwendung prüfen, abwägen und beantworten. „Das ist ein Bruchteil im Vergleich zu den Einwendungen für andere LNG-Terminals“, vergleicht Knabe. Er richtet sich darauf ein, eventuell „neue Fragestellungen“ gegenüber dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) in Stralsund bearbeiten und beantworten zu müssen.

Ob auch die letzte behördliche Genehmigung für Lubmin noch in diesem Jahr erteilt wird, ist offen. MV-Umweltminister Till Backhaus (SPD) lässt sich nicht auf ein abschließendes Datum festnageln. „Alle Einwendungen werden selbstverständlich sehr ernst genommen“, erklärte er. Es gehe darum, eine rechtskonforme Entscheidung herbeizuführen. „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, so Backhaus.

Seinen Angaben zufolge stammen die Einwendungen von Naturschutzverbänden, Bürgern sowie Infrastrukturbetreibern. So seien zu lokalen Auswirkungen Hinweise zu benachbarten Schutzgebieten gegeben und Sorgen um die Beeinträchtigung von geschützten Arten geäußert worden. Darüber hinaus gebe es Sicherheitsbedenken angrenzender Unternehmen. Bemängelt werde auch der Verzicht auf Offenlegung der An-

tragsunterlagen im Internet. Nach Angaben des Ministers wurden in den Einwendungen auch politische As-

pekte wie die Öffnung der Pipeline Nord Stream 2 oder die hohen Flüssiggaspreise angesprochen.

Alter Atommüll muss erstmal weg

Vorbereitungen für endgültigen Kraftwerksabriss in Würgassen beginnen

Würgassen - Acht Jahre nach dem Ende des Rückbaus des ehemaligen Kernkraftwerkes in Würgassen kommt wieder Bewegung in die Anlage: Während Menschen aus der Region gegen Pläne für den Bau eines neuen Zwischenlagers protestieren, muss das alte Zwischenlager erstmal freigeräumt werden von radioaktiven Rückbau-Resten.

Deshalb bereitet die Preussen-Elektra als Eigentümerin des ehemaligen Kraftwerkes die Einlagerung von vier ersten Containern mit schwachradioaktiven Abfällen aus Würgassen im Zwischenlager am AKW-Standort im bayrischen Grafenrheinfeld vor, das seit 2015 stillgelegt ist.

Die zu diesem Zweck beim Betreiber des Zwischenlagers, der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung eingereichten Unterlagen werden derzeit von der BGZ geprüft, teilte Preussen-Elektra Pressesprecherin Almut Zyweck mit. Ein Zeitpunkt für den Transport ist noch nicht endgültig festgelegt.

Markus Wentzke, Anlagenleiter am Standort Würgassen, erklärte dazu in einer Pressemitteilung, dass die Entsorgung dieser schwach-radioaktiven Abfälle 'einem sicheren, standardisierten und streng geregeltem Verfahren' unterliege, das vom Unternehmen seit Jahren ausgeführt werde: 'Wir haben die Abfälle fachgerecht in Behälter verpackt, die für die Zwischen- und Endlagerung zugelassen sind'. Diese Arbeiten würden vom Strahlenschutz und den zuständigen Behörden überwacht.

Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen erteilte kürzlich die Zustimmung zur Auslagerung der noch innerhalb des Kraftwerks lagernden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle. Daraufhin wurde kürzlich das erste 200-Liter-Fass mit radioaktiven Abfällen aus seiner Lagerposition entnommen und in einen Konrad-Container verpackt. Die insgesamt rund 3000 Abfallbehälter werden in drei Entsorgungskampagnen aus dem Zwischenlager, das sich im Gebäude des ehemaligen unabhängigen Nachkühlsystems (UNS) am großen Reaktorgebäude befindet, ausgelagert, dort in geeignete Endlagerbehälter verpackt und im Werkstattgebäude für den Transport bereitgestellt. Die Auslagerung aller Gebinde werde rund sechs Jahre dauern.

'Jetzt kommen wir beim Rückbau des Kernkraftwerks Würgassen in die letzte Phase', erklärte Dr. Guido Knott, der für den Rückbau zuständige vorsitzende Geschäftsführer der PreussenElektra: 'Wenn das Lager geräumt ist, können wir mit dem Abbruch des Gebäudes beginnen. Den vollständigen Rückbau der Anlage wollen wir bis 2029 umsetzen.'

Die radioaktiven Abfälle verbleiben maximal ein Jahr im ehemaligen Werkstattgebäude, das zur Transportbereitstellung entsprechend umgebaut wurde. Von hier werden die Behälter an einen externen Zwischenlagerstandort gebracht.

Das schon lange gefüllte weitere Zwischenlagergebäude in Würgassen werde geräumt, wenn Konrad zur Verfügung stehe.